



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Rothe

Telefon: (0221) 221 22928

Fax: (0221) 221 25501

E-Mail: sabrina.rothe@stadt-koeln.de

Datum: 27.02.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 12.02.2019, 17:01 Uhr bis 19:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vorsitzender
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Malik Karaman	SPD	Vertretung für Herrn Kaske
Frau Erika Oedingen	SPD	
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Frau Claudia Heithorst	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	Vertretung für Frau Dresler-Graf
Frau Luisa Schwab	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	

Rechnungsprüfungsamt

Herr Hans-Jochen Hemsing

Herr Ralf Jülich

Herr Klaus Heller

sowie verschiedene Prüferinnen und Prüfer

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller Dez. I

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert Dez. II

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein Dez. IV

Herr Beigeordneter Markus Greitemann Dez. VI

Frau Stefanie Atzlinger	212-3
Herr Wolfgang Behrisch	26
Frau Valeska Braun	OB-3
Herr Johannes Feyrer	37
Herr Bernd Hammer	372-11
Herr Frank Hammer	200-41
Frau Stephanie Kleine Klausing	81-010 KölnTourismus GmbH
Herr Norbert Larres	200-4
Herr Josef Ludwig	56
Herr Dieter Thomas März	OB-3-12
Frau Gabriele Meusel	81-010 KölnTourismus GmbH
Herr Christian Miller	37
Frau Dr. Isabell Nehmeyer-Srocke	20
Frau Dr. Monique Offelder	OB-2
Herr Bernd Streitberger	46-Sanierung Bühnen Köln
Herr Dr. Marcus Trier	4512
Herr Michael Troost	VII-4
Herr Patrick Wasserbauer	46
Herr Frank-Oliver Wolff	212-31

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Herr Sven Kaske	SPD

Beratende Mitglieder

Herr Sven Tritschler	AfD
----------------------	-----

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden. Es ergeben sich folgende Zusetzungen zur Tagesordnung:

- 10.1 Flüchtlingsunterbringung "Hotel zum Bahnhof" durch 56 - Amt für Wohnungswesen
Anfrage von Frau Möller
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 14.1
0224/2019

- 10.2 Instandhaltung von Gebäuden durch Erbbaurechtsnehmer
Anfrage von Frau Oedingen
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 15.4
0339/2019

- 14.5 Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Archäologischen Bodendenkmalpflege
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 17.1
0344/2019
- 15.5 Kostencontrolling von Sonderausstellungen der Kölner Museen
Anfrage von Frau Möller
Rechnungsprüfungsausschuss 21.04.2016, TOP 6.3
0345/2019
- 15.6 Anlagenerfassung von Kunstgegenständen in den Kölner Museen
Rechnungsprüfungsausschuss 24.11.2016, TOP 14.9
0343/2019
- 15.7 Aktualisierter Sachstand zu der finanziellen Ausstattung der Kommunen in Zusammenhang mit flüchtlingsbedingten Haushaltsbelastungen
Rechnungsprüfungsausschuss 13.11.2018, TOP 15.2
0381/2019
- 16.2 Prüfbericht Umsetzung der Baumschutzsatzung bei 67 - Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Rechnungsprüfungsausschuss 26.06.2018, TOP 13.3
0290/2019

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zusetzungen zur Tagesordnung einverstanden.

Vor Behandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte, begrüßt Herr Detjen die neue Kämmerin Frau Prof. Dr. Diemert und heißt sie im Ausschuss willkommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1 Essen in Kindertageseinrichtungen
Rechnungsprüfungsausschuss 06.07.2017, TOP 16.1
4222/2018
- 5 Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln – Soll/Ist-Vergleich
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 14.2
3695/2018
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Sachstandsbericht Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten
Rechnungsprüfungsausschuss 12.04.2018, TOP 2.1
4187/2018
 - 6.2 Prüfbericht Verkehrssicherungspflicht an Bäumen bei 67 - Amt für
Landschaftspflege und Grünflächen
hier: Bearbeitungsstand zur Anschaffung der Software für ein Baumkataster
Anfrage von Frau Oedingen
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 8.1
4236/2018
 - 6.3 Umsetzung des Projekts zur Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe
Rechnungsprüfungsausschuss 13.11.2018, TOP 6.2
0210/2019

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

8 Anfragen

- 8.1 Höhe der Kosten für die Poller am Kölner Dom
Anfrage von Herrn Schwanitz
- 8.2 Personalentwicklung bei 21 - Steueramt - aufgrund der angekündigten
Grundsteuerreform
Anfrage von Herrn Detjen
- 8.3 Systematische Fehlentwicklungen bei Großprojekten
Anfragen von Herrn Detjen

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand: 30.11.2018
4263/2018
- 9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand: 31.12.2018
0248/2019

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Es liegen keine Anfragen vor.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anträge vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Essen in Kindertageseinrichtungen Rechnungsprüfungsausschuss 06.07.2017, TOP 16.1 4222/2018

Herr Detjen ist erfreut über den Sachstandsbericht. Der Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt haben hier eine Diskussion über frisches Essen in Kindertagesstätten angestoßen. Er vertrete die Meinung, dass der Bericht und die weitere Diskussion im Fachausschuss geführt werden solle. Jedoch bitte er darum, dem Ausschuss über den weiteren Verlauf zu berichten.

Auf Nachfrage von Frau Schwab berichtet Frau Dr. Klein, dass es, um regelkonforme Ausschreibungen realisieren zu können, eine Stellenzusetzung gab. Diese Stelle konnte jedoch nicht adäquat besetzt werden, so dass eine Kooperation mit dem Amt 1000 - Zentrale Dienste - geschlossen wurde. 1000 übernehme die Ausschreibung im Wege der „Amtshilfe“. Die bisher nicht besetzte Stelle solle neu ausgerichtet werden. Es werde nun nach einer Ernährungsberaterin bzw. einem Ernährungsberater gesucht, um die Qualität des Essens in den Kindergärten stetig zu verbessern.

Frau Möller stellt fest, dass die Höhe des Essensgeldes gemäß der Ausführung in dem Prüfbericht nicht auskömmlich gewesen sei. Sie möchte wissen, ob nun eine Erhöhung geplant werde.

Frau Dr Klein bejaht dies. Die Erhöhung des Essensgeldes sei nach 16 Jahren gerechtfertigt und würde in den nächsten Monaten per Ratsbeschluss angestrebt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln – Soll/Ist-Vergleich Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 14.2 3695/2018

Zunächst verabschiedet Herr Detjen Herrn Feyrer in den Ruhestand und begrüßt seinen zukünftigen Nachfolger Herrn Dr. Miller.

Anschließend möchte Herr Detjen wissen, in welchem Wechselverhältnis die Bedarfsprüfung sowie der beabsichtigte Auswechsellturnus von fünf Jahren stünden. Er bittet um eine nähere Erläuterung des Verfahrens.

Herr Feyrer führt aus, dass die Feuerwehr die Anschaffung eines einheitlichen Feuerwehrfahrzeuges für die gesamte Feuerwehr plant. Bisher gäbe es keine einheitlichen Fahrzeuge, so dass ein Fahrzeug nur von der Freiwilligen Feuerwehr, der Berufsfeuerwehr oder der Feuerweherschule genutzt würde. Somit käme es zu einer unterschiedlichen Nutzung und Abnutzung der Fahrzeuge. Zukünftig solle ein Fahrzeug von allen drei Bereichen genutzt werden, so dass es zu einer gleichmäßigen Abnutzung komme. Insgesamt sei die mit dem Rechnungsprüfungsamt besprochene Gesamtnutzungsdauer von 20 Jahren so gewährleistet. Danach erfolge erst die Ersatzbeschaffung.

Frau Oedingen erkundigt sich, was ein Kommandofahrzeug ist und weshalb der Personalrat ein eigenes Kommandofahrzeug bräuchte. Sie regt an, dass das Fahrzeug von den Personen-/Nutzergruppen geteilt werden könne.

Herr Feyrer erklärt, dass Kommandofahrzeuge kleine PKWs sind. Sie verfügen über ein Lautsprechersystem, über welches die Bevölkerung, z.B. bei Straßensperrungen, informiert werden könne. Diese Art von Fahrzeug sei für jede Feuerwache vorgesehen. Darüber hinaus würden diese Fahrzeuge zusätzlich für Aufgaben außerhalb des Einsatzdienstes eingesetzt, d.h. zum Beispiel für Dienstfahrten des Personalrates oder des Teams für psychosoziale Unterstützung (PSU), um eine andere der insgesamt 12 Dienststellen aufzusuchen oder bei Großschadenslagen vor Ort Einsatzkräfte und betroffene Bürger betreuen zu können.

Frau Oedingen erwidert, dass Sie ein „zusätzlich“ aus der Beschlussvorlage heraus nicht erkennen könne. Des Weiteren würde gemäß der Anlage 1 explizit für Krisenmanagement, Personalrat, Versorgung, Presse, PSU und Betreuung jeweils ein Fahrzeug als Bedarf ausgewiesen. Ein „zusätzlich“ sei für sie daraus deshalb nicht zu entnehmen.

Herr Dr. Unna möchte wissen, ob der Soll/Ist-Vergleich auch in der Zukunft korrekt stattfinden bzw. fortgeschrieben würde, so dass die Anzahl der Fahrzeuge genau bestimmbar sei und mit dem Bedarfsplan übereinstimme.

Herr Detjen wirft ein, dass der Bedarfsplan eine andere Bedeutung habe. Für den Bedarf müsse festgestellt werden, dass das Fahrzeug so defekt ist, dass eine Reparatur nicht mehr wirtschaftlich ist. Davor würde die von Herrn Feyrer beschriebene Zirkulation stattfinden.

Herr Feyrer bemerkt, dass Herr Dr. Unna ein weiteres Thema anspreche, welches zuvor im Gesundheitsausschuss diskutiert worden sei. Hierbei handele es sich um den Brandschutz- und den Rettungsdienstbedarfsplan. Die jetzige Vorlage sei das Grundlagenpapier, in dem der grundsätzliche Bedarf an Feuerwehrfahrzeugen bzw. Fahrzeugtypen sowie die Ausstattung von Feuerwachen festgehalten sei. Die jetzige Vorlage würde diese Bedarfe mit genauen Zahlen konkretisieren. Der Rat würde somit

den momentan erforderlichen Fahrzeugbestand beschließen. Innerhalb dieses Fahrzeugbestandes käme es dann, wie Herr Detjen zusammengefasst habe, zu Rotationen und Ersatzbeschaffungen. Sollte sich eine Änderung beim erforderlichen Fahrzeugbestand ergeben, müsse eine Änderungsvorlage erstellt werden.

Herr Detjen fragt nach einer Werkstattorganisationssoftware sowie Kriterien für die Rotation aller Löschfahrzeuge. Seines Wissens würde so etwas noch fehlen, um die Rotation der Fahrzeuge zu verwalten.

Als wesentliches Kriterium für eine Rotation gibt Herr Feyrer die Kilometerleistung, die Pumpenstunden und die Funktionstüchtigkeit der Hydraulikaggregate bei den Drehleitern an. Dies seien die wesentlichen Kenngrößen. Im April würde das neue Werkstattzentrum in Kalk eröffnet. Dort seien Möglichkeiten gegeben die Fahrzeugdaten nicht nur händisch, sondern auch per EDV zu verwalten.

Herr Erkelenz bittet um Auskunft, ob die Höhe der in der Vorlage erwähnten Einsparungen schon bezifferbar sei bzw. ob dem Ausschuss in ein bis zwei Jahren ein neuer Bericht diesbezüglich zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Feyrer gibt zu bedenken, dass die Aussage aus Erfahrungswerten von anderen Feuerwehren, z.B. der der Stadt München, resultiere. Er sagt zu, dass die Werte für die Stadt Köln entsprechend ermittelt und dem Rechnungsprüfungsausschuss in zwei Jahren einen Sachstandsbericht vorgelegt würde.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt den Soll-Ist-Vergleich über den gesamten Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln als Grundlage für zukünftige Fahrzeugbeschaffungsmaßnahmen.

Die Kostenfolge mit einer Gesamtsumme von 8.325.000 € verteilt sich auf einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren und wird ab dem Haushaltsjahr 2020 je nach Bedarf zur jeweiligen Haushaltsplanung im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, angemeldet.

Vor Einleitung des jeweiligen Beschaffungsvorganges wird entsprechend der städtischen Vorlagegrenzen auch weiterhin eine Bedarfsprüfung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Sachstandsbericht Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten Rechnungsprüfungsausschuss 12.04.2018, TOP 2.1 4187/2018

Frau Möller bedankt sich für die Beantwortung ihrer Anfrage aus der vorherigen Sitzung. Sie verweist auf die Pressemeldung in der Kölnischen Rundschau vom 12.02.2019, in der geschrieben stehe, dass 100 Mio. Euro aus verschiedenen Steuer-

arten, wie z.B. Gewerbesteuer, Bettensteuer und auch Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten, noch nicht vereinnahmt seien. Sie bittet um eine entsprechende Berichterstattung über die Fortsetzung der Bemühungen, die offenen Forderungen auszugleichen.

Herr Detjen möchte ferner wissen, ob die noch offenen Forderungen für die Geldspielgeräte noch dieses Jahr eingenommen werden könnten.

Frau Prof. Dr. Diemert berichtet, dass die Rückstände sukzessive abgearbeitet würden. Für die Jahre 2016 und 2017 sei schon ein gutes Stück der Rückstandsarbeit erledigt worden. Ziel der Kämmerei ist es, eine adäquate Stellenbesetzung vorausgesetzt, die noch offenen Rückstände in diesem Jahr abzuarbeiten.

Herr Detjen regt an, das Thema offene Rückstände gemäß der Presseberichterstattung für eine der nächsten Sitzungen genauer vorzubereiten.

Herr Dr. Keller wirft ein, dass er dem Finanzausschuss schon im Dezember eine regelmäßige Berichterstattung über den Abbau der Rückstände zugesagt habe, als dort diese Vorlage und auch die Rückstände in den anderen Steuerarten diskutiert wurden. Er regt an, den Beratungslauf zu erweitern und diese Mitteilungen auch dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Detjen begrüßt das beabsichtigte Vorgehen.

Herr Dr. Unna möchte sichergestellt haben, dass möglichst keine Vorgänge von der Verjährung betroffen sind.

Frau Prof. Dr. Diemert versichert, dass keine Verjährung drohe. Sie sagt ebenfalls eine Berichterstattung an den Rechnungsprüfungsausschuss zu.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Prüfbericht Verkehrssicherungspflicht an Bäumen bei 67 - Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
hier: Bearbeitungsstand zur Anschaffung der Software für ein Baumkattaster
Anfrage von Frau Oedingen
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 8.1
4236/2018

Herr Detjen begrüßt, dass die Anschaffung der Software nun abgeschlossen sei.

Frau Oedingen weist darauf hin, dass die Bestellung abgeschlossen sei, sie aber auch hoffe, dass die Software geliefert wurde. Es stelle sich ihr nun die Frage, wie lange noch die Migration der Daten in das neue System dauere und wann die Software letztendlich eingesetzt werden könne. Sie bittet um entsprechende Information an den Ausschuss in der Sitzung vor der Sommerpause, am 18.06.2019.

Herr Greitemann sagt dies zu.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Umsetzung des Projekts zur Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe
Rechnungsprüfungsausschuss 13.11.2018, TOP 6.2
0210/2019

Herr Detjen begrüßt die Vorlage ausdrücklich. Er greife das Angebot der Verwaltung, regelmäßig zu berichten, gerne auf.

Frau Oedingen freut sich darüber, dass eine bestehende Software verwendet werden kann. Da ein Pilotbetrieb eingerichtet werden soll, bittet sie um Mitteilung der erzielten Erfahrungen und Ausrichtung für die Zukunft zur letzten Sitzung des Jahres am 10.12.2019.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse von Fachausschüssen vor.

8 Anfragen

8.1 Höhe der Kosten für die Poller am Kölner Dom
Anfrage von Herrn Schwanitz

Herr Schwanitz möchte auf Grund der Presseberichterstattung über die Poller am Dom wissen, ob die in der Presse genannten Zahlen über die Höhe der Kosten die Gesamtsumme der Maßnahme sei oder nur die Kosten der Poller als solche beinhalten.

Herr Dr. Keller geht davon aus, dass dies die Gesamtsumme dessen ist, was rund um den Kölner Dom verbaut wurde. Er weist darauf hin, dass die Kosten bei 66 - Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung - angefallen seien, d.h. im Dezernat VIII - Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur. Er sei somit nicht im Detail über die Höhe der Kosten informiert.

Herr Detjen bittet die Verwaltung, für die nächste Sitzung eine entsprechende Mitteilung zu erstellen.

8.2 Personalentwicklung bei 21 - Steueramt - aufgrund der angekündigten Grundsteuerreform
Anfrage von Herrn Detjen

Herr Detjen begrüßt die anstehende Grundsteuerreform. Er schätze diese jedoch sehr Personalintensiv ein. Ihn interessiere, ob die Verwaltung schon ein Meinungsbild hierzu habe.

Frau Prof. Dr. Diemert weist darauf hin, dass sich dieses Thema schon über viele Jahre ohne Ergebnis hinziehe und sie hoffe, dass die Grundsteuerreform überhaupt bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sei. Die konkreten Auswirkungen hängen sehr stark von den Ausgestaltungen der Reform ab. Dazu gebe es bisher auf Bundesebene noch keine Klarheit. Die entsprechende Klarheit im gesetzgeberischen Verfahren wür-

de jedoch abgewartet, bevor das Steueramt Pläne für die Umsetzung der Reform erstelle. Sie sichert einen Bericht für den Ausschuss zu, sobald ihr konkrete Informationen über die Auswirkungen der Reform für die Stadt Köln vorliegen.

Herr Detjen bedankt sich für die Antwort. Er gibt zu bedenken, dass die Stadt Köln ernsthafte Personalprobleme bekommen könne, sobald die Grundsteuerreform umgesetzt werden müsse.

8.3 Systematische Fehlentwicklungen bei Großprojekten Anfragen von Herrn Detjen

Herr Detjen verweist auf den Artikel „Geschwindelt und Verschwendet“ aus dem Handelsblatt vom 11.02.2019 über Großbaustellen. Dort stehe, dass in 78% der Fälle die Kosten der Projekte den Nutzen übersteigen würden. Bei einem so hohen Anteil an Fehlschlägen könne man laut Zeitungsartikel nicht mehr vom Versagen Einzelner ausgehen. Es müssten systemische Ursachen vorliegen. Er bittet um Begleitung dieses Themas durch den Rechnungsprüfungsausschuss. Es sei sein Anliegen, dass die Verwaltung diesbezüglich bei nächster Gelegenheit eine Mitteilung über aktuelle Diskussionen zu dem Thema für den Ausschuss fertig stellt.

Herr Greitemann sagt einen Bericht noch vor der Sommerpause zu. Es würden bereits sowohl die Chancen als auch die Risiken benannt werden. Der Optimismus müsse jedoch beibehalten werden. Man müsse auf beiden Seiten, d.h. Politik und Verwaltung, die notwendige Skepsis und den Blick auf die Risiken haben, jedoch auch den Mut zum kalkulierten Risiko. Dies würde derzeit aufgearbeitet. Mögliche Ursachen und daraus resultierende Rückschlüsse seien schon in Kostenkalkulationen und Kostenerhöhungen mit eingeflossen.

Herr Erkelenz stimmt dem zu.

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Stand: 30.11.2018 4263/2018

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Stand: 31.12.2018 0248/2019

Herr Streitberger möchte zunächst seine Aussage aus der Sitzung vom 04.12.2018 auf die Anfrage von Frau Oedingen, wie hoch der Schaden durch die falsche Installation der Brandschutzkanäle sei, berichtigen. Die Installation habe nicht stattgefunden, es gäbe derzeit keine Brandschutzkanäle. Es handele sich lediglich um einen Planungsfehler, der planungstechnisch behoben werden konnte. Es seien keine zusätzlichen Honorare angefallen und der Stadt Köln ist daher kein Schaden entstanden. Die Erstinstallation der Promatkanäle koste im Übrigen 25.000,00 €.

Frau Oedingen bedankt sich für die Aufklärung.

Herr Streitberger berichtet weiter, dass die oben genannten Arbeiten, d.h. die Erstin-
stallation der Promatkanäle derzeit durchgeführt würde. Durch die oben beschriebene
Umplanung sei es zu Verzögerungen gekommen. Im Sommer 2019 würden jedoch
die beiden großen Bühnen fertig gestellt sein und abgenommen werden. Damit wäre
ein Gewerk in der Baustelle fertig gestellt, so dass Mängel des Gewerkes noch aus-
gebessert werden könnten, ohne dass die restliche Baustelle in Verzug komme. Es
müssten fünf große haustechnische Gewerke (Sprinkleranlage, Kälte, Starkstrom, Lüf-
tung und Heizung) neu vergeben werden. Die Markterkundung sei weitgehend abge-
schlossen. Derzeit würde die Ausschreibung vorstrukturiert. Es solle nach drei gleich-
gewichteten Kriterien entschieden werden. Nach Preis, Qualifikation der Mitarbeiterin-
nen und Mitarbeiter und einer honorierten Arbeitsprobe. Erhofft würde sich somit ein
realistisch kalkulierter Preis sowie eine partnerschaftliche Vertragsbasis. Bisher wur-
den 20 Termine mit Firmen bezüglich der Ausschreibung ausgemacht. Im Sommer
gehe es dann in die tatsächliche Ausschreibung. Ob der jetzige Planungsstand zum
30.06.2019 abgeschlossen sei, könne er nicht sagen. Er strebe dies jedoch an. 86 %
der Firmengespräche seien mittlerweile durchgeführt worden. Die strategisch wichti-
gen seien alle erledigt. Mit 53% der Firmen wurden Vereinbarungen über eine Weiter-
beschäftigung geschlossen, bei 20% der Firmen wurde schlussgerechnet und 13%
der Firmen wurde gekündigt. In absehbarer Zeit würden die Firmengespräche kom-
plett abgeschlossen sein.

Die Kosten stellen sich bisher wie folgt dar: Es gibt 380 Mio. € an Verpflichtungen,
davon 320 Mio. € echter Ausgaben. Die Prognose liege aktuell bei 547 Mio. €.

Die Vorlage für die fehlenden Mittel i.H.v. 141 Mio. € verzögere sich durch die sonsti-
ge Arbeitsbelastung. Es werde nun angestrebt die Prognose zu überarbeiten und
dann mit der neuen Prognose und einem neuen angepassten Bedarf die fehlenden
Mittel im Sommer dieses Jahres vom Rat bewilligen zu lassen.

Herr Detjen fragt nach, ob dies schon in den Entwurf des Haushaltes einfließen wür-
de.

Herr Streitberger stellt fest, dass es im Haushaltsplan der Stadt Köln für die Bühnen
nur eine einzige Zahl gebe. Man überlege daraus zwei Zahlen zu machen. Den Be-
triebskostenzuschuss für den künstlerischen Bereich und für die Sanierung. Für die
Sanierung sei die Zahl derzeit noch sehr klein, da die Gewerke größtenteils noch nicht
fertig seien. Aber mit der Abnahme der Bühne würde die Zahl schon steigen. Für den
Haushaltsplan 2020 sei dies aber eher eine vernachlässigbare Größe. Die wesentli-
chen Belastungen erfolgten dann mit der Fertigstellung des Hauses und auf den Ab-
schreibungszeitraum des Gebäudes mit bis zu 40 Jahren.

Herr Dr. Strahl möchte wissen, ob bei den Kündigungen mit Regressen zu rechnen sei
und ob dafür Geld zurück gestellt wurde.

Herr Streitberger bejaht dieses. Mit einer Firma würde sehr wahrscheinlich ein Ver-
gleich geschlossen werden. Für eine andere Firma werde eine Schlussrechnung er-
stellt, die sehr wahrscheinlich mit einer Forderung an die Firma enden werde. Im
Budget sei ein entsprechender Etat vorgesehen.

Herr Detjen bedankt sich für die Ausführungen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

gez. J ö r g D e t j e n
Ausschussvorsitzender

gez. Sabrina Rothe
Schriftführerin